

# Düstere Aussichten für die Staatsfinanzen

## Grüne Haushälter zum Nachtragsetat 2010

### Haushaltslage

Das Defizit im bayerischen Staatshaushalt wächst weiter. Bereits im Stammhaushalt war ein Defizit von fast 3 Mrd. € „geplant“. Die Steuereinnahmen sinken aber 2010 noch einmal um 1,5 Mrd. €. Dieses *Defizit* wird mit Rücklagen (3,5 Mrd. €) mit Privatisierungserlösen (ca. 0,5 Mrd. €) und durch Ausgabenreduzierungen (0,5 Mrd. €) gedeckt.

Der Haushalt 2010 ist damit *strukturell im Defizit*. Denn die konjunkturell bedingten Steuermindereinnahmen belaufen sich auf „nur“ 1,70 Mrd. €. Davon sind allein 360 Mio. € auf das erst im Dezember mit den Stimmen der Staatsregierung beschlossene *Wachstumsbeschleunigungsgesetz* zurückzuführen. Das restliche Defizit bleibt, auch wenn die Steuereinnahmen wieder auf das Niveau von 2008 ansteigen sollten.

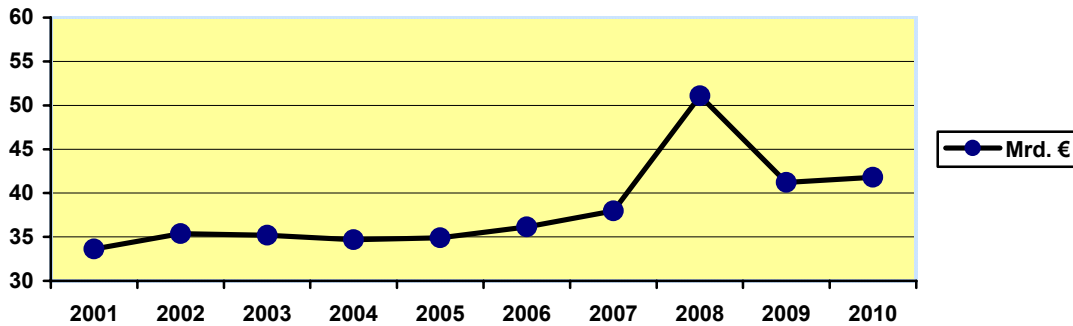
Ein Teil dieses Defizits sind die *Belastungen durch die Stützung der BayernLB*. Sie belaufen sich auf 305 Mio. € für Zinszahlungen - zzgl. der ausbleibenden Dividenden, die in den vergangenen Jahren bei 50 Mio. € lagen. Zwar veranschlagt die Staatsregierung für 2010 250 Mio. € Gebühreneinnahmen von der BayernLB für die Abschirmung des ABS-Portfolios. Dies widerspricht aber der Rechtslage auf EU-Ebene. Die BayernLB kann und darf dieses Geld nicht zahlen. Dieses Geld fehlt zu Deckung des Haushalts. Es wird aber auch deutlich, dass der *Haushalt auch ohne BayernLB im Defizit* wäre.

Die Zinszahlungen für den *10 Mrd. €-Kredit für die BayernLB* belasten den Haushalt auf Dauer, denn die BayernLB wird das Geld nicht zurückzahlen können. Im Gegenteil: Es kommen noch die Risiken der Abschirmung des ABS-Portfolios hinzu. Die Ausfallerwartung, die auf den Staatshaushalt durchschlägt, beträgt 1,625 Mrd. €, fällig in zwei Tranchen 2011 und 2014. Die mittelfristige Finanzplanung sieht deshalb eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 0,81 Mrd. € für das Jahr 2011 vor, ausschließlich für die BayernLB. Die Zinszahlungen für die BayernLB werden damit weiter ansteigen.

Das zeigt: Die Diskussionen um *Steuersenkungen sind absolut weltfremd*, egal ob Steuersenkungen 2011 oder 2012 in Kraft treten sollen. Im Gegenteil: Die Steuersenkungen von schwarz-rot und schwarz-gelb müssen rückgängig gemacht werden, die Erbschaftsteuer muss bleiben und zwar bundesweit einheitlich, der Umsatzsteuerbetrug muss stärker bekämpft werden.

Die Ausgaben Bayerns haben sich in den vergangenen Jahren wie folgt entwickelt.

Entwicklung der Ausgaben bis 2010:



Im Jahr 2008 sind 10 Mrd. € für die BayernLB enthalten.

Auch ohne die Stützung der BayernLB sind die Ausgaben seit 2006 um knapp 15% gestiegen, von 36,1 Mrd. € auf 41,4 Mrd. €.

### **Ausgewählte Änderungen im Nachtragshaushaltentwurf der Staatsregierung auf der Ausgabe Seite:**

- Fortführung der Förderung von Lokalfernsehen nach Mediengesetz in Höhe von 9 Mio. €
- Strukturprogramm Nürnberg / Fürth, finanziert aus dem Verzicht auf die BayernFIT GmbH und globale Minderausgaben quer durch alle Einzelpläne
- Der Volksentscheid / Nichtrauchererschutz kostet 13 Mio. €.
- Verstärkung von Investitionsmaßnahmen in Höhe von 39 Mio. € streichen
- Begegnungszentrum in Altötting 3 Mio. €  
(+ Verpflichtungsermächtigung 3 Mio. €)
- Verpflichtungsermächtigung für den 2. S-Bahn-Tunnel München in Höhe von 936 Mio. €
- Ausgaben für Kindertageseinrichtungen / Tagespflege steigen um 140 Mio. € (20%)
- 300 Tsd. € zur Förderung der Akzeptanz der grünen Gentechnik
- Ex-Ministerpräsident Beckstein bekommt eine Stelle mehr

## Grüne Haushaltspolitik

Die Staatsregierung hat in den vergangenen Jahren ihre Haushalte mit Schulden (bis einschl. 2005 und 2008), mit Privatisierungserlösen und mit höheren Steuern (Mehrwertsteuererhöhung 2007) ausgeglichen. So wurde das strukturelle Defizit immer wieder gedeckt. Das lässt sich nicht fortsetzen: Privatisierungserlöse in großem Stil stehen nicht mehr zur Verfügung. Neue Schulden sind auf Dauer nicht möglich und in der Steuerpolitik geht es erst einmal darum, weitere Steuersenkungen zu verhindern. Die bayerische Haushaltspolitik muss sich daher strukturell ändern. Insbesondere Investitionen müssen auf Bereiche konzentriert werden, die langfristig Kosten senken. Mit den Anträgen zum Nachtragshaushalt wollen wir aufzeigen, welche notwendigen, in die Zukunft gerichteten Ausgaben mit dem Geld, auf das Bund und Länder für das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz vorsätzlich verzichtet haben, finanziert werden könnten. Im Staatshaushalt geht es dabei um 360 Mio. €. Zusätzlich werden weitere Einsparvorschläge aufgezeigt.

- Auf „Sparmaßnahmen“, die nur Kosten in die Zukunft schieben, muss verzichtet werden. Das ist nichts anderes als eine versteckte Verschuldung. Die Vorsorge für Pensionen muss daher unvermindert fortgeführt werden. + 35 Mio. €
- verstärkte Einstellung von Anwärtern in der Finanzverwaltung, um eine effektive Arbeit der Finanzämter zu ermöglichen, insbesondere bei der Bekämpfung des Steuerbetrugs + 1 Mio. €
- mehr Personal für Gerichte und Staatsanwaltschaften, auch zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität + 3 Mio. €
- Verstärkter Ausbau der Kinderbetreuung + 60 €
- Keine Kürzung der Personalausgaben an Volksschulen + 16 Mio. €
- Erwachsenenbildung stärken + 1,7 Mio. €
- Hochschulen: doppelter Abiturjahrgang; Qualitätspaket Bologna-Prozess + 220 Mio. €
- Förderprogramm für Kraft-Wärme-Kopplung + 5 Mio. €
- Naturschutz, Biodiversität + 4 Mio. €

### Einsparvorschläge:

- Verstärkungsmittel für Investitionsmaßnahmen streichen -39 Mio. €
- Ausgaben für Staatsstraßen auf Erhaltungsmaßnahmen reduzieren - 55 Mio. €
- Keine Subventionierung privater lokaler Fernsehprogramme - 9 Mio. €
- Keine Öffentlichkeitsarbeit für die Agrogentechnik aus Steuermitteln - 0,3 Mio. €

- Kürzung des Personals für Edmund Stoiber auf Normalmaß:  
EU Arbeit darf nicht aus dem Staatshaushalt finanziert werden  
Kein zusätzliches Personal für das Büro Beckstein -0,3 Mio. €
- Abschaffung des Landeserziehungsgeldes (zur Finanzierung  
der Kinderbetreuung -20 Mio. € (2010)
- Darüber hinaus sind Außenstände einzufordern statt abschreiben:  
Das FMG Darlehen in Höhe von 250 Mio. € sollte zurückgefordert werden.
- CSU und FDP werden aufgefordert, den Forderungen des Volksbegehrens zu  
entsprechen. Das sparte 13 Mio. €.

### Wie geht es weiter?

Die Rücklage ist verbraucht. Das ist problematisch, weil die Rücklage nicht nur für den Haushalt, sondern auch zur Sicherung von Bürgschaften dient. Für solche Risiken besteht damit keine Sicherung mehr. Im Bankensektor wird mit steigenden Kreditausfällen gerechnet. Für den Staat bedeutet das, dass Bürgschaften verstärkt fällig werden könnten. Dazu fehlt die Vorsorge.

Der gesamte *Konsolidierungsbedarf* des Haushalts beläuft sich auf

- 3,39 Mrd. € für das Jahr 2011
- 2,63 Mrd. € für das Jahr 2012
- 2,18 Mrd. € für das Jahr 2013.

Mit den Kosten der Abschirmung des ABS-Portfolios der BayernLB ergibt sich daraus eine *Finanzierungslücke von rund 10 Mrd. €* in den kommenden Jahren!  
Das bedeutet: drastische Sparmaßnahmen oder neue Schulden – oder beides.

Die Staatsregierung erwartet ab dem Jahr 2012 wieder steigende Steuereinnahmen, die aber vor 2013 das Niveau des Jahres 2008 nicht mehr erreichen werden. 2012 werden Einnahmesteigerungen von 6% erwartet. Prinzip Hoffnung.

Die Grünen im Bayerischen Landtag, 26. Januar 2010

Thomas Mütze, MdL  
Eike Hallitzky, MdL